

# «Wir müssen mehr Druck aufsetzen»

*Hans Rutschmann ist seit November Präsident des Kantonalen Gewerbeverbandes*



*KGV-Präsident Hans Rutschmann will die Gewerbepolitik intensivieren.* ADRIAN BAER / NZZ

Der Kantonale Gewerbeverband will Politikern vermehrt auf die Finger klopfen. Vom gewerbepolitischen Einsatz der Regierungsräte, für deren Wahl sich der KGV 2007 starkgemacht hat, ist Präsident Hans Rutschmann etwas enttäuscht.

*Herr Rutschmann, unter Ihrem Vorgänger hat das politische Engagement des Kantonalen Gewerbeverbandes (KGV) deutlich zugenommen. Der Verband hat nicht nur zwei Initiativen lanciert, sondern auch eine Wahlkampagne geführt. Welche Schwerpunkte werden Sie als neuer Verbandspräsident setzen?*

Robert E. Gubler hat den Verband sehr gut geführt. Es besteht daher keine Notwendigkeit, alles anders zu machen als er. Aber natürlich bringt jeder Präsident eigene Ideen und Vorschläge mit. Mir ist es ein Anliegen, dass die gewerbepolitische Arbeit in Zukunft noch mehr Gewicht erhält. Über eine neue Initiative und weitere konkrete Projekte wird derzeit – mit Blick auf die nächste Legislatur – beraten.

*Mit «4 gewinnt» setzte sich der KGV in den Regierungsratswahlen 2007 für Thomas Heiniger, Ursula Gut, Markus Kägi und Rita Fuhrer ein. Als Voraussetzung verpflichtete der Verband die vier bürgerlichen Politiker auf ein Fünf-Punkte-Programm «gewerbenaher Politik». Sind Sie mit deren Einsatz zufrieden?*

Sie hätten sicher mehr für die kleinen und mittleren Betriebe machen können. Unsere Initiative zur KMU-Entlastung beispielsweise wurde bis heute noch nicht umgesetzt. Von einer echten Eindämmung des administrativen und auch sonstigen Aufwandes der KMU kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Staatsquote hat noch zugenommen. Hier werden wir in Zukunft – im direkten Kontakt und durch offensivere Kommunikation – klar mehr Druck auf die Politiker aufsetzen.

*Umgesetzt wird aber ein Gegenvorschlag zu Ihrer Initiative. Zurzeit findet die Vernehmlassung zur entsprechenden Verordnung statt. Als Unterstützung des Regierungsrates bei KMU-Fragen soll eine Informations- und Koordinationsstelle mit bis zu 300 Stellenprozenten geschaffen werden. Wird Administration*

*mit mehr Administration eingedämmt?*

Es ist tatsächlich ein Schönheitsfehler, dass für diese Aufgabe neue Stellen in der Verwaltung geschaffen werden. Wenn aber so die administrative Belastung der KMU insgesamt reduziert werden kann – ein Unternehmer also wieder mehr Zeit für sein Handwerk oder seine Dienstleistung hat und weniger Formulare ausfüllen muss –, dann lohnt sich dieser Aufwand auf jeden Fall. Zudem wird damit in der Gesamtverwaltung auch eine Entlastung stattfinden, und die Stellenausweitung kann locker kompensiert werden.

*Vor einiger Zeit war beim KGV von einer Initiative zum Thema Gebühren die Rede: Diese sollen in Zukunft vom Kantonsrat festgelegt werden und nicht mehr vom Regierungsrat. Das wäre die Forderung. Wie engagiert sich der Verband zurzeit für dieses Anliegen?*

Eine konkrete Initiative ist noch nicht aufgegleist – auch wenn uns dieses Thema nach wie vor ein Dorn im Auge ist. So kann das Parlament zwar über die Höhe der Steuern befinden. Bei den Gebühren aber, die von der Exekutive und der Verwaltung bestimmt werden,

herrscht eine zu schwache Kontrolle. Die Gebühren sind gewaltig gestiegen in den vergangenen Jahren. Ausserdem müssen Unternehmer Leistungen – über Steuern und Gebühren – oft zweimal bezahlen.

*Was beschäftigt Ihre Mitglieder zurzeit am meisten? Wie hat sich die Finanzkrise auf sie ausgewirkt, und wie ist die Situation heute?*

Wir haben Anfang 2010 eine Umfrage gemacht. Sie zeigt: Unsere Mitglieder blicken dem Jahr mit verhaltenem Optimismus entgegen. Natürlich sind in den letzten eineinhalb Jahren nicht alle Branchen gleich stark von der Finanzkrise betroffen gewesen. Das Baugewerbe beispielsweise stand und steht ziemlich gut da. Dazu tragen auch die Zuwanderung und die damit verbundene Nachfrage nach Wohnraum bei. Auch der Detailhandel war während der ganzen Zeit relativ stabil. Besonders gelitten hat hingegen die Exportwirtschaft, insbesondere die Maschinenindustrie und die Autozulieferer.

*Auf Ihrer Homepage sprechen Sie sich gegen staatliche Förderprogramme im Bereich der energetischen Sanierungen aus. Sollten Sie diese – als Architekt, aber auch als Vertreter vieler Bauunternehmer im Kanton – nicht befürworten?*

Ich bin bei diesem Thema tatsächlich gespalten. Natürlich stellen die Beiträge einerseits eine Unterstützung für das Baugewerbe dar. Andererseits wider-

spricht es mir als Politiker, dass der Staat mit Steuergeldern Massnahmen fördert, die sich selbst am Markt durchsetzen sollten – und im Falle der energetischen Sanierungen sicher auch werden. Mein eigenes Haus habe ich vor zwei Jahren auf jeden Fall ohne Subventionen energetisch saniert. Statt Beiträge zu leisten, wären Vereinfachungen und Entlastungen der bessere Weg.

*Der KGV hat rund 20 000 Mitglieder. Ein Fünftel der Beiträge geht in die politische Arbeit; 2007 standen dem Verband etwa 200 000 Franken zur Verfügung. Inzwischen wurden die Mitgliederbeiträge von 70 auf 80 Franken erhöht. Wofür wird dieses Geld 2010 aufgewendet?*

Die Beitragserhöhung geht vollumfänglich in die «Kampfkasse» des KGV, den sogenannten Aktionsfonds. Neben der Themenführerschaft in wirtschaftspolitischen Fragen und der Fähigkeit zur Mobilisierung – Beispiel Unterschriftensammlungen – braucht ein Verband die nötigen finanziellen Mittel, um schlagkräftig zu sein. Und über diese sollte er möglichst unabhängig von Dritten verfügen können. An diesem Punkt ist der KGV heute angelangt.

*Etwa ein Drittel aller KMU im Kanton sind Mitglied des KGV. Bestimmte Berufsgruppen kommen aber nicht vor, wie Sie in Ihrer Verbandszeitung kürzlich erwähnt haben. Welche Branchen fehlen, und wie wollen Sie diese erreichen?*

Wir haben dabei insbesondere an die

Berufsgruppen der Ärzte und der Anwälte, aber auch an Jungunternehmer aus unterschiedlichen Branchen gedacht. Natürlich sind Ersterer bereits gut organisiert. Im Gegensatz zu einem Berufsverband vertritt der KGV aber wirtschaftspolitische Interessen, die über einzelne Branchen hinausgehen. Für eine verstärkte Zusammenarbeit werde ich mit den Ärzte- und Anwaltsverbänden persönlich das Gespräch suchen. Jungunternehmer anzusprechen, wird aber eher Sache der verschiedenen Sektionen sein. Diese sind näher an den Betrieben in ihrer Region dran.

*Interview: üy.*

## ZUR PERSON

*üy.* · Im November 2009 übernahm Hans Rutschmann das Amt des Präsidenten des Kantonalen Gewerbeverbandes von Robert E. Gubler. Der SVP-Politiker aus Rafz war von 1991 bis 2002 Gemeindepräsident und von 1983 bis 2003 Kantonsrat, wo er zudem während 2 Jahren Obmann der Gewerbegruppe war. Seit 2004 ist Rutschmann im Nationalrat – er rückte damals für den in den Bundesrat gewählten Christoph Blocher nach. Rutschmann ist Mitglied der Gewerbekammer des Schweizerischen Gewerbeverbandes und führte während 36 Jahren in Rafz ein eigenes Architekturbüro. Vor einigen Monaten verkaufte er das von seinem Vater gegründete Unternehmen an zwei Mitarbeiter.